Eskalation der Gewalt auf den Philippinen

Bombardierung muslimischer Separatisten

In Reaktion auf Angriffe muslimischer Rebellen hat die philippinische Armee auf Mindanao ein mutmassliches Versteck der Separatisten bombardiert. Präsident Aquinos Friedensbemühungen werden weiter zurückgeworfen.

kam. Bangkok · Zum ersten Mal seit drei Jahren haben Kampfflugzeuge der philippinischen Armee in der südlichen Provinz Mindanao Stellungen muslimischer Rebellen beschossen. Nach Darstellung des Militärs galt die von Bodentruppen unterstützte Offensive einer Splittergruppe der Moro Islamic Liberation Front (MILF), die sich in einem Dorf unweit der Stadt Payao verschanzt hatte. Zuvor sollen rund 3000 Zivilisten das Weite gesucht haben. Bei den Gefechten, die am Montagabend andauerten, sind nach vorläufigen Angaben sechs Aufständische und zwei Soldaten getötet worden.

NZZ-INFOGRAFIK / cke.

Missachteter Waffenstillstand

Die philippinischen Sicherheitskräfte waren in der vergangenen Woche mehrmals Zielscheibe von Rebellenangriffen geworden, bei denen 23 Soldaten und vier Polizisten getötet wurden. Zwischen der Regierung und der MILF-Führung gilt zwar seit 2003 ein Waffenstillstand. Doch wird dieser immer wieder missachtet. Anfang Oktober schloss die auf 12 000 Mann geschätzte Rebellentruppe einen Kommandanten aus ihren Reihen aus, der sich gegen ein Friedensabkommen mit der philippinischen Regierung stellt. Der Kommandant Ameril Umbrakato gründete daraufhin das Bangsamoro Islamic Freedom Movement und will weiterhin für eine komplette Loslösung Mindanaos von den Philippinen kämpfen.

Nicht voran kommt derweil auch der von Präsident Benigno Aquino angestossene Friedensprozess. Aquino hatte die Stabilisierung der Unruheprovinz zu einem vorrangigen Ziel seiner Präsidentschaft erklärt. Als erstes Staatsoberhaupt war Aquino zu direkten Gesprächen mit dem Rebellenchef Murad Ebrahim bereit. Doch der Enthusiasmus nach dem als historisch bejubelten Tokioter Treffen vom August 2011 machte bald Ernüchterung Platz. Die Verhandlungen über ein Friedensabkommen stecken in einer Sackgasse. Die MILF fordert ein weitaus stärkeres Mass an Unabhängigkeit für die Autonome Region Mindanao, was die Regierung ablehnt und was laut dem Obersten Gericht des mehrheitlich katholischen Landes die Verfassung verletzen würde.

Frustration auf beiden Seiten

Sowohl im Lager der Rebellen als auch bei der Armee ist zunehmend Ungeduld auszumachen. Der über 60-jährige MILF-Führer liess unlängst warnend verlauten, die jüngere Generation auf Mindanao wolle bald eine politische Lösung sehen, andernfalls werde sie den bewaffneten Kampf weiterführen. Der seit mehr als drei Jahrzehnten andauernde Konflikt hat über 150 000 Menschenleben gefordert.

Druck auf Präsident Aquino üben auch konservative Generäle und Politiker aus. Sie plädieren dafür, den Waffenstillstand offiziell auszusetzen. Aquino wies solche Forderungen am Montag zurück. Man werde weiterhin Rebelleneinheiten neutralisieren, die den Friedensprozess gewaltsam torpedierten. Aquino appellierte an die MILF-Spitze, die Regierung dabei zu unterstützen.

Chinas Interesse an der koreanischen Halbinsel

Besuch des Vizeministerpräsidenten Li Keqiang in Nordkorea

mac. Peking · Der für Wirtschaftsfragen zuständige chinesische Vizeministerpräsident Li Keqiang weilt seit Sonntag zu einem dreitägigen Besuch in Nordkorea. Gleich anschliessend will er Südkorea besuchen. Die chinesischen Staatsmedien widmen der Reise viel Aufmerksamkeit. Neben den üblichen propagandistischen Floskeln, die die engen freundschaftlichen Beziehungen zwischen China und Nordkorea bezeugen sollen, geht es um Pekings Rolle bei der Vermittlung im Streit um Pjongjangs Nuklearprogramm, aber auch bei der Versöhnung zwischen dem Norden und dem Süden der Halbinsel.

In einem Kommentar hiess es, nur ein Abgesandter Chinas könne es sich erlauben, beide verfeindeten Staaten direkt nacheinander zu besuchen. Russland, die USA und Japan seien zu sehr voreingenommen. China aber sei neutral. Diese Position zeigt wenig Realitätssinn – Peking unterstützt Pjongjang aus strategischen Gründen – und viel Wunschdenken. Auch ist es Peking nicht gelungen, die auf Eis gelegten Sechs-Parteien-Gespräche zwischen den beiden Korea, Amerika, China, Russland und Japan wieder in Gang zu setzen. Ein Treffen von Vertretern des Südens und des Nordens in Peking vor Monatsfrist hatte keine Resultate gebracht.

In die Gespräche zwischen den USA und Nordkorea zur Wiederaufnahme von Verhandlungen, die am Montag in Genf begonnen haben, setzen Beobachter wenig Hoffnungen. Li Keqiangs Besuch steht aber auch im Kontext dieser Begegnung. Dem nordkoreanischen Ministerpräsidenten Choe Yong Rim sagte Li nach Angaben der Nachrichtenagentur Xinhua, China erwarte von Nordkorea die Vertiefung der Gespräche mit dem Süden und mit den Vereinigten Staaten, um die Verhandlungen über das Atomprogramm wieder aufzunehmen. Gleichzeitig versicherte Li seinen Gastgebern, Peking bleibe ein starker Verbündeter Pjongjangs.

Die wichtige Auslandreise Li Keqiangs gilt Auguren als Zeichen dafür, dass er tatsächlich für die Nachfolge Wen Jiabaos in Partei und Regierung vorgesehen sei. Entscheidender ist, dass er als für Wirtschaftsfragen zuständiger Vizeministerpräsident das Potenzial der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Nordkorea sieht. Peking ist an einem prosperierenden Nachbarland gelegen und hat seinen Handel mit diesem nach Zollangaben gegenüber dem Vorjahr stark gesteigert. Über die tatsächliche wirtschaftliche Situation in Nordkorea sagt das aber wenig aus. Jüngste Berichte aus dem verschlossenen Land deuten allerdings darauf hin, dass die Ernte in diesem Jahr gut ausfallen wird. Das brächte eine Entspannung der Versorgungslage, aber nicht mehr Berechenbarkeit der Politik des diktatorisch beherrschten Staates.

Eine Mitarbeiterin von Peace Brigades International beobachtet eine Protestaktion von Tibetern in Nepal. PD

Wer Menschenrechte verteidigt, braucht Schutz

Freiwillige von Peace Brigades International setzen auf gewaltfreie Konfliktlösungen

Seit drei Jahrzehnten sind Schweizer Freiwillige als Angehörige von Friedensbrigaden im Einsatz. Mit ihrer physischen Präsenz schützen sie in brenzligen Lagen lokale Menschenrechtsverteidiger.

bau. Genf · Wer Mut zeigt und sich vorwagt, für Freiheit, Menschenwürde und fundamentale Rechte zu kämpfen, geht in vielen Ländern grosse, häufig sogar lebensgefährliche persönliche Risiken ein. Das hat die Verfolgung von Demonstranten und Menschenrechtsaktivisten im arabischen Frühling dramatisch vor Augen geführt. Wie aktuell das Thema auch in anderen Regionen der Welt ist, zeigte sich an der Jahreskonferenz von Peace Brigades International (PBI) in Genf. Dass Genf als Tagungsort gewählt wurde, ist nicht zufällig. Spätestens seit 2006, als sich der neu geschaffene Menschenrechtsrat der Uno hier etablierte, ist die Stadt zur internationalen Drehscheibe der Menschenrechtsbewegung mutiert.

Mut kann gefährlich sein

In den letzten Jahren hat sich auf internationaler Ebene einiges getan, um den Schutz für besonders gefährdete Personen und Gruppen, die sich vor Ort für die Durchsetzung der Menschenrechte einsetzen, zu verbessern. Es gibt Kataloge mit Verhaltensregeln, Deklarationen von Uno und EU sowie Rapporteure, die die Welt bereisen. Trotzdem geraten Menschenrechtsverteidiger immer wieder unter die Räder staatlicher Repression oder werden von zivilen Akteuren eingeschüchtert, bedroht, ja in einzelnen Fällen gar getötet. Wie die bestehenden Schutzmechanismen zu verbessern wären, diese Frage stand im Zentrum der Genfer Konferenz der Friedensbrigaden. Eingeladen waren Menschenrechtsverteidiger aus Asien und Lateinamerika sowie Experten, Vertreter von Hilfswerken und Regierungen aus Industrieländern.

Neben den Friedensbrigaden widmen sich auch andere internationale Organisationen wie etwa Front Line aus Irland oder die Weltorganisation gegen Folter (OMCT) explizit dem Schutz von Menschenrechtsverteidigern. Das unverwechselbare Markenzeichen bei PBI ist die Feldarbeit, das heisst der Einsatz von Freiwilligen zur direkten Schutzbegleitung. In Konfliktsituationen leisten die in der Regel zwischen 25 und 35 Jahre alten Friedensfachkräfte einen couragierten, persönlichen Beitrag zur gewaltfreien Beilegung oder Entschärfung von Konflikten. Anwälte, die sich um Verschwundene kümmern, Bauernorganisationen, die mit Grossgrundbesitzern im Clinch sind, Pastoren, die gegen ökologischen Raubbau predigen, Gewerkschafter, die auf die Rechte der Arbeiter pochen, sie alle können bei den Länderteams von PBI anklopfen, wenn sie sich bedroht fühlen.

Berufung auf Gandhi

Die Konferenz markierte das dreissigjährige Bestehen von PBI, einem Nischen-Operateur auf dem Markt der Friedensorganisationen. Noch heute berufen sich die Förderer der ursprünglich aus Kanada stammenden Bewegung auf Mahatma Gandhis Friedensbrigaden. Die internationale Nichtregierungsorganisation ist in 16 Ländern verankert. Der Schweizer Ableger mit einem Jahresumsatz von rund einer halben Million Franken finanziert sich durch individuelle Spenden und Projektbeiträge der öffentlichen Hand.

Zu den Sponsoren gehört das Departement für Auswärtiges (EDA). Die Arbeit der Organisation werde in der Schweiz und international geschätzt, sagte Botschafter Claude Wild, Chef der für Menschenrechte zuständigen Politischen Abteilung IV, vor den über 100 Konferenzteilnehmern. Den Friedensbrigaden gelinge es, dringend notwendigen Handlungsraum zu schaffen, damit lokale Menschenrechtsorganisationen frei und ohne Furcht arbeiten könnten. Auch erwähnte er, man sei beim EDA damit beschäftigt, Richtlinien zuhanden der Schweizer Botschaften auszuarbeiten. Damit soll das Engagement der Auslandsvertretungen zugunsten von Menschenrechtsverteidigern in den jeweiligen Gastländern gestärkt werden.

Strikte Neutralität

In drei Jahrzehnten haben fast 90 Schweizer Frauen und Männer sich als Freiwillige bei PBI engagiert. Gegenwärtig sind international zusammengesetzte Teams mit Schweizer Beteiligung in Kolumbien, Mexiko, Guatemala und Nepal im Einsatz. Valérie Elsig, eine 40 Jahre alte Biologin und Krebsforscherin aus dem Wallis, weiss, wie die Tagesarbeit eines Teammitglieds der Friedensbrigaden aussieht. Ein Jahr hat sie in Guatemala verbracht. Sie erzählt von Einsätzen, etwa vor Häusern von bedrohten Menschenrechtsaktivisten. Da habe man Präsenz markiert, um diese moralisch zu unterstützen und mögliche Täter von Übergriffen abzuhalten, denn gegenüber Ausländern sei man vorsichtiger als gegenüber Einheimischen. Auch hat sie Vertreter von Bauernorganisationen zu Verhandlungen mit Behörden und Grossgrundbesitzern begleitet. Immer habe sie sich an das Gesetz der strikten Neutralität gehalten. «Wir haben die Leute bis zum Versammlungsort gebracht, doch dann blieben wir vor der Türe stehen und haben uns nicht in die Verhandlungen eingemischt», sagt Elsig.

Bestrafte Zivilcourage

bau. Genf · Die Internationale Föderation für Menschenrechte und die Weltorganisation gegen die Folter, zwei weltweit vernetzte Nichtregierungsorganisationen, haben am Montag ihren jährlich erscheinenden Bericht zur Situation der Menschenrechtsverteidiger vorgestellt. Für den Zeitraum von Januar 2010 bis April 2011 werden Übergriffe in 66 Ländern, darunter auch die Staaten des arabischen Frühlings, dokumentiert.

Ob Aktivisten, Journalisten, Gewerkschafter, Anwälte oder einfache Bürger, in vielen Ländern sind Menschenrechtsverteidiger nach wie vor bedroht, wenn sie sich für grundlegende Rechte einsetzen. Nicht selten werden Aktivisten eingeschüchtert, eingesperrt, gefoltert oder gar umgebracht. In gut 500 Fällen intervenierten lokale oder internationale Menschenrechtsorganisationen zugunsten bedrohter Aktivisten.

Besondere Beachtung verdienen die jüngsten Vorgänge in Nordafrika und im Nahen Osten. Die Verfasser der Studie betonen die Rolle der Menschenrechtsbewegungen bei der Vorbereitung der zivilen Proteste des arabischen Frühlings. Menschenrechtsverteidiger hätten seit langem die Verletzung von Grundrechten und soziale Ungerechtigkeiten angeprangert und dafür gelitten. Im Tausch gegen ein illusionäres Versprechen von Sicherheit und Stabilität seien die internationale Gemeinschaft und einzelne einflussreiche Länder bereit gewesen, über Repressionsmassnahmen hinwegzusehen.